



Name: _____

Abiturprüfung 2015

Sozialwissenschaften, Grundkurs

Aufgabenstellung:

Thema: Stärkung der Binnennachfrage – eine angemessene Wirtschaftspolitik?

1. Analysieren Sie den Text im Hinblick auf die Position der Arbeitsgruppe zur Wirtschaftspolitik. Ordnen Sie die Position der Arbeitsgruppe in das Spektrum wirtschaftspolitischer Konzeptionen ein. *(46 Punkte)*
2. Stellen Sie eine weitere wirtschaftspolitische Konzeption dar (Grundannahmen, Rolle des Staates und Instrumente). *(24 Punkte)*
3. Erörtern Sie unter Einbeziehung der Position der Arbeitsgruppe Chancen und Risiken einer Stärkung der Binnennachfrage. Berücksichtigen Sie dabei einen wirtschaftlichen und einen sozialen Aspekt. *(30 Punkte)*

Materialgrundlage:

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2014. Kein Aufbruch – Wirtschaftspolitik auf alten Pfaden. Aus: Konjunktur und Beschäftigung in Deutschland und Europa. Köln: PapyRossa Verlag 2014, S. 79 – 83 (Auszüge)
(Zwischenüberschriften wurden entfernt. Ggf. wurden Anpassungen an die sprachliche Richtigkeit vorgenommen.)

Zugelassene Hilfsmittel:

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung



Name: _____

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Kein Aufbruch – Wirtschaftspolitik auf alten Pfaden

[...] Statt einem Wett(bewerbs)kampf der Nationen das Wort zu reden, müssen [...] internationale Kooperation und ein Ausgleich der Leistungsbilanzen die Ziele jeder nationalen Wirtschaftspolitik sein.

Die Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik muss es deshalb sein, die Abhängigkeit der heimischen Wirtschaftsentwicklung – und darin insbesondere der Beschäftigung – vom Export deutlich zu verringern. Eine praktikable Lösung kann nur in höheren Binneneinkommen bestehen. Von staatlicher Seite gibt es hier eine Reihe von unmittelbaren Eingriffsmöglichkeiten: von der schnellen Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von zunächst zehn Euro über die Erhöhung der Altersrenten bis hin zum Ausbau des in vielen Bereichen personell chronisch unterbesetzten öffentlichen Dienstes und zur besseren Bezahlung öffentlich Bediensteter. Finanzieren ließe sich dies vor allem durch eine Belastung der Gewinne in Form höherer Sozialabgaben der Unternehmen und/oder durch höhere Gewinn- und Vermögensteuern. Die Folge wäre neben einer unmittelbaren Stärkung der Binnennachfrage natürlich eine Steigerung der Arbeitskosten. Ob die Unternehmen deshalb im Auslandsgeschäft die Preise anheben oder auf Gewinn verzichten, ist nicht zuletzt eine Frage der Wettbewerbsintensität und der Preiselastizität des Angebots. Letztere stufen die Unternehmen selbst als nicht sehr hoch ein. Gleichzeitig würden aber die Binnennachfrage und damit die Absatzmöglichkeiten im Inland deutlich gestärkt.

Die Regierung will diese Frage jedoch offenbar nicht rational erfassen. Vielmehr verteidigt sie das Interesse der Exportwirtschaft mit eher mythischen Argumenten, deren Leitidee es ist, Deutschland gegen feindliche Angriffe ausländischer Ökonomien zu verteidigen. Der Kritik der EU-Kommission an den hohen deutschen Exportüberschüssen wird entgegengehalten: „Wir haben den Auftrag, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands weiter zu festigen und voranzubringen.“ (Michael Meister, CDU) Ähnlich Kanzlerin Merkel: „Wir werden eine Politik fördern, mit der die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gestärkt wird.“ Die Diskussion solle nicht so geführt werden, „dass man sich danach richtet, wer am langsamsten ist, sondern beim Benchmarking¹ muss geschaut werden, wer am schnellsten und am besten ist“. Zwar müsse über die Kritik der OECD am übergroßen Niedriglohnbereich in Deutschland nachgedacht werden, aber „wir werden unsere Stärken nicht aufgeben, weil von unseren Exportgütern mehr gekauft wird als von denen anderer Länder“. [...]

Die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen in Deutschland ist so einleuchtend, dass die entsprechende Forderung inzwischen selbst vom Internationalen Währungsfonds und von der EU-Kommission erhoben wird. Eine steigende Lohnsumme sollte dann vor allem für den vollen Lohnausgleich bei einer Arbeitszeitverkürzung genutzt werden. So sehr auch angesichts der Reallohnsenkungen der vergangenen Jahre unmittelbare Einkommenssteigerungen notwendig sind: Eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich steigert

¹ Benchmarking: Instrument der Wettbewerbsanalyse, Grundidee ist es festzustellen, welche Unterschiede bestehen, warum diese Unterschiede bestehen und welche Verbesserungsmöglichkeiten es gibt.



Name: _____

ebenfalls den privaten Verbrauch und die Beschäftigung. Hinzu kommt: Wenn die Arbeitslosigkeit aufgrund von Arbeitszeitverkürzung zurückgeht, erhöht sich die Durchsetzungsmacht der Gewerkschaften in Lohnkonflikten, was dann die Möglichkeiten in den folgenden Lohnrunden weiter verbessert. Vor diesem Hintergrund begrüßt die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* die aktuelle Forderung der IG Metall nach einer 30-Stunden-Woche als neuen Vollzeitstandard, um zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu kommen.

Bei den Staatsausgaben sind neben einer Steigerung des öffentlichen Konsums in Form von mehr Ausgaben für Gesundheit, Pflege, Erziehung, Bildung und Kulturelles auch die staatlichen Investitionen zu erhöhen. Seit 20 Jahren sinken die Nettoinvestitionen von Bund, Ländern und Gemeinden, seit 2002 sind sie sogar negativ. Es gibt also eine Investitionslücke; im Jahr 2012 lag sie bei fünf Milliarden Euro (Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen). Der Staat zehrt somit von seiner Substanz. Die Mittel für diese Investitionen sollten aus der Erhöhung der Steuern auf hohe Einkommen und aus der Wiedereinführung der Vermögenssteuer kommen.

[...]

Anmerkungen:

In der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* (auch: „Memorandum-Gruppe“ bzw. „Memo-Gruppe“) arbeiten Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftler sowie Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter an der Entwicklung wirtschaftspolitischer Vorschläge und Perspektiven.

Unterlagen für die Lehrkraft

Abiturprüfung 2015

Sozialwissenschaften, Grundkurs

1. Aufgabenart

Analyse – Darstellung – Erörterung

2. Aufgabenstellung¹

Thema: Stärkung der Binnennachfrage – eine angemessene Wirtschaftspolitik?

1. Analysieren Sie den Text im Hinblick auf die Position der Arbeitsgruppe zur Wirtschaftspolitik. Ordnen Sie die Position der Arbeitsgruppe in das Spektrum wirtschaftspolitischer Konzeptionen ein. (46 Punkte)
2. Stellen Sie eine weitere wirtschaftspolitische Konzeption dar (Grundannahmen, Rolle des Staates und Instrumente). (24 Punkte)
3. Erörtern Sie unter Einbeziehung der Position der Arbeitsgruppe Chancen und Risiken einer Stärkung der Binnennachfrage. Berücksichtigen Sie dabei einen wirtschaftlichen und einen sozialen Aspekt. (30 Punkte)

3. Materialgrundlage

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2014. Kein Aufbruch – Wirtschaftspolitik auf alten Pfaden. Aus: Konjunktur und Beschäftigung in Deutschland und Europa. Köln: PapyRossa Verlag 2014, S. 79 – 83 (Auszüge)
(Zwischenüberschriften wurden entfernt. Ggf. wurden Anpassungen an die sprachliche Richtigkeit vorgenommen.)

4. Bezüge zu den Vorgaben 2015

1. Inhaltliche Schwerpunkte**Wirtschaftspolitik**

- Analyse der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Preisentwicklung, Außenhandel
- Wirtschaftspolitische Konzeptionen (angebots- und nachfrageorientierte Politik, „Alternative Wirtschaftspolitik“), wirtschaftspolitische Zielkonflikte
- Kontroverse Positionen zur Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Zeitalter der Globalisierung

¹ Die Aufgabenstellung deckt inhaltlich alle drei Anforderungsbereiche ab.

<p>Gesellschaftsstrukturen und sozialer Wandel</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland seit 1990 • Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes; Grundzüge kontroverser Positionen zur Ausgestaltung des Sozialstaats in Deutschland <p>2. Medien/Materialien</p> <ul style="list-style-type: none"> • entfällt

5. Zugelassene Hilfsmittel

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung

6. Vorgaben für die Bewertung der Schülerleistungen

Teilleistungen – Kriterien

a) inhaltliche Leistung

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	ordnet den Textauszug aus dem Buch: Memorandum 2014, kein Aufbruch – Wirtschaftspolitik auf alten Pfaden, veröffentlicht 2014, als Stellungnahme der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ ein und erschließt als Thema des Textes die Frage nach der geeigneten Wirtschaftspolitik.	2
2	arbeitet die Position der Arbeitsgruppe zur Wirtschaftspolitik in folgender oder gleichwertiger Weise heraus: <ul style="list-style-type: none"> • um internationale Kooperation und Leistungsausgleich zu ermöglichen, müsse die einseitige Ausrichtung auf den Export gemindert werden, • zentrale wirtschaftspolitische Ziele sollten Erhöhung der Binneneinkommen und Binnennachfrage sein. 	6
3	erläutert den Begründungsgang zur Position der Arbeitsgruppe im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik in folgender oder gleichwertiger Weise: <ul style="list-style-type: none"> • <i>Problemaufriss:</i> Votum für internationale Kooperation, die Ausgleich der Leistungsbilanz und damit eine veränderte staatliche Politik erfordere; Erhöhung der Binneneinkommen notwendig, • <i>Finanzierungsmöglichkeiten:</i> höhere Sozialabgaben der Unternehmen, Erhöhung der Gewinn- und Vermögenssteuern, • <i>Kritik staatlicher Politik:</i> diese sei einseitig auf Exportorientierung ausgerichtet, • <i>Forderungen:</i> aktive staatliche Wirtschaftspolitik, veränderte Finanz- und Fiskalpolitik, Belastung von Gewinnen und Einkommenserhöhungen. 	8

4	<p>erläutert den Begründungsgang zur Position der Arbeitsgruppe zur Wirtschaftspolitik im Hinblick auf <i>Auswirkungen</i> in folgender oder gleichwertiger Weise:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Staat</i>: Mehrausgaben, z. B. durch Rentenerhöhungen, Steigerung des öffentlichen Konsums und Erhöhung staatlicher Investitionen, Mehreinnahmen, z. B. durch höheres Steueraufkommen, • <i>Unternehmen</i>: Steigerung der Kostenseite, • <i>Gewerkschaften</i>: wirtschaftliche und politische Stärkung durch verringerte Arbeitslosigkeit, Forderung nach einer 30-Stunden-Woche wird unterstützt, • <i>Haushalte</i>: Einkommenserhöhungen, z. B. durch Mindestlohn und Rentenerhöhungen. 	8
5	<p>arbeitet die Argumentationsweise der Arbeitsgruppe heraus, z. B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • wertende Wortwahl zur Sensibilisierung der Leserschaft: „personell chronisch unterbesetzten öffentlichen Dienstes“, Regierung will Frage „nicht rational erfassen“, „eher mythische“ Argumente, „Staat zehrt somit von seiner Substanz“, • fordernde Formulierungen bei einseitiger Betonung der eigenen wirtschaftlichen Position und Ablehnung anderer Positionen, z. B. „Aufgabe ... muss es ... sein“, • Stützung der eigenen Position durch Bezug auf Kritik der OECD, sowie Forderungen von IWF und EU-Kommission. 	6
6	<p>erschließt die Intention der Autorengruppe in folgender oder gleichwertiger Weise:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Plädoyer</i> für eine Wirtschaftspolitik, die eine ausgeglichene Leistungsbilanz anstrebt und die Nachfrageseite stärkt, • <i>Kritik</i> der einseitig exportorientierten Wirtschaftspolitik der Regierung, • <i>Aufklärung</i> über Möglichkeiten und Konsequenzen der Nachfragestärkung. 	6
7	<p>ordnet die Position der Arbeitsgruppe in folgender oder gleichwertiger Weise in die nachfrageorientierte Wirtschaftskonzeption ein (auch möglich: alternative Wirtschaftskonzeption; die für die Gruppe typische Betonung ökologischer Aspekte i. S. einer <i>Alternativen Wirtschaftspolitik</i> ist dem vorliegenden Auszug jedoch nicht zu entnehmen):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Exportorientierung soll verringert werden, Binneneinkommen und Binnennachfrage sollen gestärkt werden, z. B. durch Mindestlohn, • Bedingungen für Wachstum und Beschäftigungsentwicklung liegen auf der Nachfrageseite, deshalb Forderung nach Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, • aktive Staatsrolle: Staat soll eine Politik betreiben, die die Nachfrage erhöht und Wachstum stimuliert, z. B. durch Steigerung des öffentlichen Konsums, • die Angebotsseite wird für wenig relevant gehalten, denn Arbeitskosten werden angesichts der Wettbewerbsintensität und Preiselastizität für wenig bedeutsam befunden, • Eingriffe in unternehmerische Freiheiten, z. B. durch Mindestlohn. 	10
8	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (5)	

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
	stellt eine weitere wirtschaftspolitische Konzeption , z. B. den angebotsorientierten/neoliberalen Ansatz, in folgender oder gleichwertiger Weise dar:	
1	Grundannahmen , z. B.: <ul style="list-style-type: none"> • Rentabilität der Produktion bestimmt die Höhe des Einkommens und der Beschäftigung (mikroökonomische Betrachtung), • Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes (Schlüsselrolle des Wettbewerbs), • Freiheit als oberstes gesellschaftspolitisches Ziel, • Ursachen für Wirtschaftskrisen: strukturell, durch exogene Faktoren bedingt, das Angebot unnötig behindernd (gestörte Angebotsbedingungen). 	8
2	Rolle des Staates , z. B.: <ul style="list-style-type: none"> • staatliche Eingriffe (antizyklische Steuerung, Konjunkturprogramme) als Ursache für unternehmerische Unsicherheit und Konjunkturschwankungen (Staat als Destabilisator), • Notwendigkeit einer Verstetigung der Fiskalpolitik (keine <i>stop- and go</i>-Politik), • Fiskalpolitik in struktureller und allokativer Funktion, keine stabilisierungs- oder gar beschäftigungspolitische Verantwortung des Staates (liberalistische Staatsauffassung): ordnungskonforme Ausgestaltung der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, • Rückführung der Staatsquote und Abbau der Staatsverschuldung (Haushaltskonsolidierung) zur Verbesserung der Investitionsbedingungen (u. a. Vermeidung eines <i>crowding-out</i>-Effekts). 	8
3	Instrumente , z. B.: <ul style="list-style-type: none"> • Senkung der Lohn(neben)kosten, • Flexibilisierung der Beschäftigung, Deregulierung, Privatisierung, • Steuersenkungen (Einkommen- und Unternehmenssteuern), • Abbau staatlicher Transferzahlungen (Sozialleistungen, Subventionen). 	8
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (3)	

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	erörtert unter Einbeziehung der Position der Arbeitsgruppe Chancen und Risiken einer Stärkung der Binnennachfrage und berücksichtigt dabei einen wirtschaftlichen Aspekt , z. B.: <ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Binnennachfrage durch staatliche Investitionen kann zu höherem Einkommen führen. vs. Staatliche Investitionen zur Finanzierung einer höheren Binnennachfrage können zu höherer Verschuldung führen. • Höheres Einkommen kann zu höherer Nachfrage und nachfolgend Ausweitung von Arbeitsplätzen führen. vs. Höheres Einkommen durch Lohnerhöhungen kann zu einer Steigerung der Produktionskosten führen, die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen, zu Betriebsverlagerungen ins Ausland und somit Abbau von Arbeitsplätzen führen. 	10

2	erörtert unter Einbeziehung der Position der Arbeitsgruppe Chancen und Risiken einer Stärkung der Binnennachfrage und berücksichtigt dabei einen sozialen Aspekt , z. B.: <ul style="list-style-type: none"> • Eine Arbeitszeitverkürzung durch Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sichert Einkommen und damit einen angemessenen sozialen Lebensstandard bei besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf. vs. Eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich kann infolge von Kostensteigerungen zum Abbau von Arbeitsplätzen sowie zur Zunahme von prekären Lebensverhältnissen führen. • Eine Erhöhung der Binnennachfrage durch die Ausweitung staatlicher Ausgaben, u. a. für Bildung, Kultur und Gesundheit, kann kurz- und mittelfristig zu höherer Chancengleichheit beitragen. vs. Eine Erhöhung der Binnennachfrage durch die Ausweitung staatlicher Ausgaben, u. a. für Bildung, Kultur und Gesundheit, gefährdet infolge nicht zurückgeführter Staatsverschuldung langfristig den Ausgleich zwischen den Generationen (fehlende Generationengerechtigkeit). 	10
3	nimmt abschließend in einem in sich konsistenten Argumentationsgang kriteriengeleitet Stellung zu den Chancen und Risiken einer Stärkung der Binnennachfrage (individuelle Schwerpunktsetzung möglich). Das eigenständige Gesamturteil ist kriterienorientiert und beruht auf einer Gewichtung der Kriterien. Mögliche Kriterien: Wettbewerbsfähigkeit, Wirksamkeit, Durchsetzbarkeit, Legitimität, Wünschbarkeit, soziale Gerechtigkeit.	10
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

b) Darstellungsleistung

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	strukturiert seinen Text schlüssig, stringent sowie gedanklich klar und bezieht sich dabei genau und konsequent auf die Aufgabenstellung.	5
2	bezieht beschreibende, deutende und wertende Aussagen schlüssig aufeinander.	4
3	belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u. a.).	3
4	formuliert unter Beachtung der Fachsprache präzise und begrifflich differenziert.	4
5	schreibt sprachlich richtig (Grammatik, Orthographie, Zeichensetzung) sowie syntaktisch und stilistisch sicher.	4

7. Bewertungsbogen zur Prüfungsarbeit

Name des Prüflings: _____ Kursbezeichnung: _____

Schule: _____

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	Lösungsqualität			
		maximal erreichbare Punktzahl	EK ²	ZK	DK
	Der Prüfling				
1	ordnet den Textauszug ...	2			
2	arbeitet die Position ...	6			
3	erläutert den Begründungsgang ...	8			
4	erläutert den Begründungsgang ...	8			
5	arbeitet die Argumentationsweise ...	6			
6	erschließt die Intention ...	6			
7	ordnet die Position ...	10			
8	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (5)				
	Summe 1. Teilaufgabe	46			

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	Lösungsqualität			
		maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	Der Prüfling				
	stellt eine weitere ...				
1	Grundannahmen, z. B. ...	8			
2	Rolle des Staates ...	8			
3	Instrumente, z. B. ...	8			
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (3)				
	Summe 2. Teilaufgabe	24			

² EK = Erstkorrektur; ZK = Zweitkorrektur; DK = Drittkorrektur

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	Lösungsqualität			
		maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	Der Prüfling				
1	erörtert unter Einbeziehung ...	10			
2	erörtert unter Einbeziehung ...	10			
3	nimmt abschließend in ...	10			
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 3. Teilaufgabe	30			
	Summe der 1., 2. und 3. Teilaufgabe	100			

Darstellungsleistung

	Anforderungen	Lösungsqualität			
		maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	Der Prüfling				
1	strukturiert seinen Text ...	5			
2	bezieht beschreibende, deutende ...	4			
3	belegt seine Aussagen ...	3			
4	formuliert unter Beachtung ...	4			
5	schreibt sprachlich richtig ...	4			
	Summe Darstellungsleistung	20			

	Summe insgesamt (inhaltliche und Darstellungsleistung)	120			
	aus der Punktsomme resultierende Note gemäß nachfolgender Tabelle				
	Note ggf. unter Absenkung um bis zu zwei Notenpunkte gemäß § 13 Abs. 2 APO-GOST				
	Paraphe				

ggf. arithmetisches Mittel der Punktsommen aus EK und ZK: _____

ggf. arithmetisches Mittel der Notenuurteile aus EK und ZK: _____

Die Klausur wird abschließend mit der Note: _____ (____ Punkte) bewertet.

Unterschrift, Datum:

Grundsätze für die Bewertung (Notenfindung)

Für die Zuordnung der Notenstufen zu den Punktzahlen ist folgende Tabelle zu verwenden:

Note	Punkte	Erreichte Punktzahl
sehr gut plus	15	120 – 114
sehr gut	14	113 – 108
sehr gut minus	13	107 – 102
gut plus	12	101 – 96
gut	11	95 – 90
gut minus	10	89 – 84
befriedigend plus	9	83 – 78
befriedigend	8	77 – 72
befriedigend minus	7	71 – 66
ausreichend plus	6	65 – 60
ausreichend	5	59 – 54
ausreichend minus	4	53 – 48
mangelhaft plus	3	47 – 40
mangelhaft	2	39 – 32
mangelhaft minus	1	31 – 24
ungenügend	0	23 – 0



Name: _____

Abiturprüfung 2015

Sozialwissenschaften, Grundkurs

Aufgabenstellung:

Thema: Mehr Europa – eine geeignete Antwort auf die Globalisierung?

1. Analysieren Sie den Text im Hinblick auf die Position des Autors zur künftigen Entwicklung der Europäischen Union. Ordnen Sie seine Vorstellungen in das Spektrum von Leitbildern der europäischen Integration ein. *(46 Punkte)*

2. Stellen Sie ein weiteres Leitbild zur europäischen Integration dar (Ziele, Prozesse, tragende Akteure). *(24 Punkte)*

3. Erörtern Sie unter Einbeziehung der Position des Autors, ob „mehr Europa“ eine angemessene Antwort auf die Globalisierung ist. Berücksichtigen Sie dabei einen politischen und einen ökonomischen Aspekt. *(30 Punkte)*

Materialgrundlage:

- Martin Schulz: Das demokratische Europa – 10 Punkte für einen demokratischen Neustart der EU. Rede auf Einladung des Walter Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin, 24.05.2012 (gekürzt)
(Ggf. wurden Anpassungen an die sprachliche Richtigkeit vorgenommen.)

Zugelassene Hilfsmittel:

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung



Name: _____

Martin Schulz

Das demokratische Europa

Sehr geehrter Herr Vize-Präsident,

[...]

sehr verehrte Damen und Herren,

[...]

- 5 lassen Sie mich mit einer These beginnen. Einer These, die Sie vielleicht erschrecken wird, die Sie vielleicht für alarmistisch¹ halten, zu der ich aber ohne Wenn und Aber stehe:

Das, was griechische Philosophen und römische Juristen erdacht haben; das, was in der christlichen, jüdischen und muslimischen Ethik über Jahrhunderte diskutiert wurde; das, was in zahllosen Revolutionen erkämpft worden ist; [...] in einem Wort: das, was wir Demokratie nennen:

- 10 All das ist in großer Gefahr!

[...]

Demokratien sind kein Zustand – sondern sie sind immer ein Prozess. An ihnen muss gearbeitet werden [...]. Aber ich glaube, dass unsere europäische Demokratie von mindestens zwei Seiten auf sehr spezifische Weise herausgefordert wird:

- 15 Erstens: Zunächst sind da die vielzitierten Märkte, die in der Krise, die wir seit ein paar Jahren erleben, ihre Muskeln zeigen. Ob diese Märkte wirklich von einer „unsichtbaren Hand“ geleitet werden, wie der schottische Ökonom Adam Smith vermutet hat, oder ob sie nicht eher knallharte Lobby-Interessen vertreten, muss an dieser Stelle nicht entschieden werden. Wichtig ist aber, dass wir uns mittlerweile daran gewöhnt haben, dass z. B. Rating-Agenturen
20 einzelnen Regierungen und der gesamten EU unverhohlen drohen, dieses oder jenes zu tun. Nun ist es völlig in Ordnung, wenn jemand vor einer bestimmten Politikentscheidung warnt oder sagt, dass er diese für falsch hält. [...] Aber dass eine Rating-Agentur ihre Warnung auch gleich dadurch zur Realität werden lassen kann, indem sie ein ganzes Land in ihrer Bewertung herabstuft und dadurch unmittelbar dafür sorgt, dass eine neue Kreditaufnahme zig Milliarden
25 Euro mehr kostet, führt bei vielen Menschen dazu, dass man unterstellt, diese Kräfte regierten die Welt und nicht etwa die demokratisch legitimierte Politik. [...] Warum soll ich zu einer Wahl gehen, wenn Politik eh nichts mehr zu sagen hat? Das ist gefährlich.

- Deshalb bin ich davon überzeugt, dass wir den Primat der Politik zurückgewinnen müssen. Dieser Rückgewinn von politischer Souveränität wird aber nur durch „mehr Europa“ erreicht
30 werden. Denn nur eine ökonomische und politische Macht bestehend aus 500 Millionen Europäern hat im 21. Jahrhundert eine Chance. Weder die 82 Millionen Deutschen noch die 510.000 Luxemburger allein werden im globalen Wettbewerb der Regionen bestehen. Kurz gesagt: Wir werden unsere Demokratie nur mit und durch Europa verwirklichen können. Und umgekehrt: Scheitert Europa, scheitert auch die Demokratie.

¹ alarmistisch: auf übertriebene Weise warnend



Name: _____

35 [...]

Aber lassen Sie mich auf die zweite Herausforderung eingehen, die unsere europäische Demokratie gefährdet: Seitdem 2008 die Krise aus den USA zu uns nach Europa herübergeschwappt ist, haben die Exekutiven, also die Regierungen, einen bemerkenswerten Schluss gezogen: Weil die Märkte ein schnelles, ein entschlossenes Signal bräuchten, haben Parlamente fortan Pause.

40 So die Logik der Regierenden. Ich kann das sogar zunächst verstehen, weil ich schon als Bürgermeister selbst erlebt habe, wie schwierig und unbequem ein Parlament für die Regierung sein kann.

Aber, meine Damen und Herren, Parlamente müssen genau das sein: schwierig und unbequem! Sie müssen politische Entscheidungen ans Licht der Öffentlichkeit zerrén, und sie dort beraten, vielleicht verändern und manchmal sogar verwerfen. Dafür brauchen sie Zeit. Ja, Demokratie und Parlamentarismus brauchen Zeit. [...]

Dieses Europäische Parlament hat zwar immer mehr Rechte bekommen und steht de jure, also nach geltender Rechtslage, sehr gut da. Es ist eines der mächtigsten Parlamente der Welt.

50 Aber in den letzten zwei Jahren wurden durch den Trend zur Vergipfelung, also durch die Inflation von Treffen der Regierungschefs, immer mehr legislative Entscheidungen vorweg genommen. Das erinnert an die Zeit des Wiener Kongresses im 19. Jahrhundert. Zum ersten Mal vollzieht sich durch die „Selbstermächtigung des Rates“ ein „Abbau der Demokratie“, wie es der deutsche Philosoph Jürgen Habermas so treffend benennt.

[...]

55 Deshalb sage ich: Wir brauchen jetzt einen Neustart für die europäische Demokratie. [...]

Es gehört zum vielbeschworenen europäischen Erbe, dass nationale Souveränität einen verfassungsmäßigen Rahmen entwickelt hat: das Gewaltenteilungsmodell, das Verhältnis von Legislative, Exekutive und unabhängiger Rechtsprechung.

60 Seit Jahren jedoch übertragen wir mehr Souveränitätsrechte von der nationalen Ebene auf die EU-Ebene, enthalten dieser aber wesentliche Teile des Gewaltenteilungsmodells vor. Das ist das eigentliche Demokratiedefizit!! Mit einem vollen Initiativrecht des Europäischen Parlaments könnten wir dies korrigieren. Hierfür müssen noch nicht einmal die Verträge geändert werden, sondern es reicht, wenn die Kommission sich politisch selbst verpflichtet, sich die Initiativen des Parlaments anzueignen. Das ist pragmatische Politik.

65 [...]

Ich bin sicher, dass mittelfristig für ein demokratisches Europa eine institutionelle Klarheit notwendig ist: Eine europäische Regierung, die heute noch Kommission heißt. Eine erste parlamentarische Kammer, das Europäische Parlament. Eine zweite Kammer, bestehend aus nationalen Regierungen, die sich heute noch Rat nennt. Und ein europäisches Gericht, das den Grundrechtsschutz auf europäischer Ebene überwacht. [...]



Name: _____

Die europäische Integration hat schon längst die Schwelle des Staatenbundes überschritten, sie hat ein supranationales Gebilde hervorgebracht. Da kann man jetzt die engen verfassungsrechtlichen Schablonen „Bundesstaat“ oder „Staatenbund“ anlegen und bemängeln, dass die EU irgendwo dazwischen steckengeblieben ist. Oder man kann es als ungemein kreative und innovative Antwort auf die Anforderung politischer Herrschaft im globalisierten 21. Jahrhundert erkennen. Eine Antwort auf die Anforderungen in einer Welt, die kein Nationalstaat alleine mehr lösen kann.

[...]

Zum Autor:

Martin Schulz, geboren 1955, ist ein deutscher SPD-Politiker, seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlamentes und seit Januar 2012 dessen Präsident. 2014 wurde Martin Schulz auf dem Kongress der Europäischen Sozialisten zum gemeinsamen Spitzenkandidaten für die Europawahl 2014 gewählt.

Ergänzende Informationen zu der Rede:

Auf Einladung des Walter Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht werden seit dem Jahr 2000 an der Humboldt-Universität Berlin in unregelmäßigen Abständen Grundsatzreden zu der Zukunft Europas gehalten.

Unterlagen für die Lehrkraft

Abiturprüfung 2015

Sozialwissenschaften, Grundkurs

1. Aufgabenart

Analyse – Darstellung – Erörterung

2. Aufgabenstellung¹

Thema: Mehr Europa – eine geeignete Antwort auf die Globalisierung?

1. Analysieren Sie den Text im Hinblick auf die Position des Autors zur künftigen Entwicklung der Europäischen Union. Ordnen Sie seine Vorstellungen in das Spektrum von Leitbildern der europäischen Integration ein. (46 Punkte)
2. Stellen Sie ein weiteres Leitbild zur europäischen Integration dar (Ziele, Prozesse, tragende Akteure). (24 Punkte)
3. Erörtern Sie unter Einbeziehung der Position des Autors, ob „mehr Europa“ eine angemessene Antwort auf die Globalisierung ist. Berücksichtigen Sie dabei einen politischen und einen ökonomischen Aspekt. (30 Punkte)

3. Materialgrundlage

- Martin Schulz: Das demokratische Europa – 10 Punkte für einen demokratischen Neustart der EU. Rede auf Einladung des Walter Hallstein-Instituts für Europäisches Verfassungsrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin, 24.05.2012 (gekürzt)
(Ggf. wurden Anpassungen an die sprachliche Richtigkeit vorgenommen.)

4. Bezüge zu den Vorgaben 2015

1. Inhaltliche Schwerpunkte**Wirtschaftspolitik**

- Wirtschaftspolitische Konzeptionen (angebots- und nachfrageorientierte Politik, „Alternative Wirtschaftspolitik“), wirtschaftspolitische Zielkonflikte
- Kontroverse Positionen zur Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Zeitalter der Globalisierung

Globale politische Strukturen und Prozesse

- Perspektiven einer vertieften und erweiterten Europäischen Union (Grundstruktur/Legitimationskrise, Staatsverschuldung, Migration)

¹ Die Aufgabenstellung deckt inhaltlich alle drei Anforderungsbereiche ab.

2. Medien/Materialien

- entfällt

5. Zugelassene Hilfsmittel

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung

6. Vorgaben für die Bewertung der Schülerleistungen

Teilleistungen – Kriterien

a) inhaltliche Leistung

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	ordnet die am 24.05.2012 in der Humboldt-Universität Berlin gehaltene Rede als Diskussionsbeitrag von Martin Schulz, damaliger Präsident des Europäischen Parlaments, ein und erschließt als Thema der Rede die Frage nach der künftigen Entwicklung der Europäischen Union.	2
2	arbeitet die zentrale Position des Autors in folgender oder gleichwertiger Weise heraus: <ul style="list-style-type: none"> • U. a. im Rahmen einer intensivierten europäischen Integration müsse die Politik wieder den Primat über die Wirtschaft zurückgewinnen. • Das institutionelle Gefüge der Europäischen Union müsse in Richtung Bundesstaat reformiert und parlamentarisiert werden. So sei ein Initiativrecht für das EU-Parlament erforderlich und verständlichere Strukturen seien unabdingbar. • Die Herausforderungen in einer „globalisierten“ Welt könnten nur noch auf supra-nationaler Ebene erfolgreich bewältigt werden. 	6
3	erläutert den Begründungsgang zur Position des Autors mit Blick auf die Beschreibung der gegenwärtigen Situation in folgender oder gleichwertiger Weise: <ul style="list-style-type: none"> • <i>Gefährdung der Demokratie</i>, entstehender Eindruck: die Wirtschaft treibe die Politik vor sich her, Politik könne somit weniger entscheiden, in der Krise Dominanz der Regierungen im Vergleich zum Parlament, • <i>Notwendigkeit der Bekämpfung der demokratiegefährdenden Entwicklungen</i> aufgrund von demokratietheoretischen Überlegungen: Legitimation der Parlamente durch das Votum der Bürger, Handeln an Parlamenten vorbei als „Abbau der Demokratie“, Überwachung und Kontrolle des Regierungshandelns nur durch ein starkes Parlament. 	8
4	erläutert den Begründungsgang zur Position des Autors mit Blick auf notwendige Konsequenzen in folgender oder gleichwertiger Weise: <ul style="list-style-type: none"> • <i>Notwendigkeit von Reformen</i> zur Stärkung des Parlaments, insb. „Initiativrecht“ für das Parlament, • <i>zudem weitere gestärkte und in ihrer Struktur verständliche (und somit allgemein akzeptierte) Gemeinschaftsorgane</i>, hinreichend stark, die Herausforderungen einer globalisierten Welt zu meistern. 	8

5	<p>arbeitet die Argumentationsweise des Autors heraus, z. B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Argumentation durch dramatisierende Wortwahl</i>: „erschrecken“, „Gefahr“, „gefährlich“, „Scheitert Europa, scheitert auch die Demokratie.“, • <i>Argumentation durch Rückbezug auf eine Autorität</i>: Verweis auf Zitat des Intellektuellen Habermas, • <i>Argumentation durch Polemik</i> gegenüber den Regierungen: „Vergipfelung“, „haben Parlamente ... Pause“, • <i>Argumentation durch pathetische Betonung</i> des Wertes der Demokratie in der Einleitung (die Wirkung ist insbes. im Zusammenhang mit dem vorliegenden Textformat der politischen Rede zu sehen), • Stützung der eigenen Position durch <i>Verweis auf eigene Erfahrungen</i> („selbst erlebt“). 	6
6	<p>erschließt die Intention des Autors in folgender oder gleichwertiger Weise:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Warnung</i> vor kommenden politischen und wirtschaftlichen Gefahren, • <i>Plädoyer</i> für föderalistische Reformen und Begründung deren Notwendigkeit, • <i>Stärkung</i> der Position des Parlaments in einer andauernden Debatte um den Umbau der EU – v. a. gegen das Vorgehen der Regierungschefs, • <i>Kritik</i> an der unregulierten Marktwirtschaft. 	6
7	<p>ordnet die Position in das Spektrum von Leitbildern ein, z. B. in das Leitbild des Bundesstaates:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Charakterisierung des Leitbildes</i>: <ul style="list-style-type: none"> – Schaffung einer neuen staatlichen Einheit durch stete Vertiefung der EU („ever closer union“), – Gesamtstaat auf europäischer Ebene („Vereinigte Staaten von Europa“/Föderalismus) mit starken supranationalen Institutionen als Ergebnis, Integration, nicht bloße zwischenstaatliche Kooperation. • <i>Eine Nähe zu diesem Leitbild zeigt sich u. a. an der</i>: <ul style="list-style-type: none"> – Forderung nach einer Stärkung des Parlaments, – Kritik an den Akteuren auf nationalstaatlicher Ebene, – Forderung nach einer echten EU-Regierung und Abgrenzung vom bloßen Staatenbund. 	10
8	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (5)	

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	<p>stellt die mit einem weiteren Leitbild der europäischen Integration verbundenen Ziele, z. B. die der (neofunktionalistisch geprägten) Politischen Union, in folgender oder gleichwertiger Weise dar:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>supranationale Integration</i>: Überwindung der Nationalstaaten, • <i>Motive</i>: allgemeine politische Motive, wie Friedenssicherung, Wohlförderung, als Beweggründe für supranationale Integration, • <i>Form Follows Function</i>: Weg als Ziel, Betonung der Prozessmechanismen und der Integrationsdynamik, daher keine Festlegung der Form der dadurch entstehenden Union („Finalität“). 	8

2	<p>stellt die mit einem weiteren Leitbild der europäischen Integration verbundenen Prozesse, z. B. die der (neofunktionalistisch geprägten) Politischen Union, in folgender oder gleichwertiger Weise dar:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Spill-over</i>: Ausweitung einer bewusst begonnenen Zusammenarbeit in wenig kontroversen Politikfeldern auf andere Sachbereiche, kontinuierliches, schrittweises Voranschreiten, • <i>steigende Interdependenz</i>: im Zuge voranschreitender Verflechtung zunehmend geringere Effektivität des nationalstaatlichen Handlungspotenzials, daher Zwang, Souveränität durch Kompetenzübertragungen auf die supranationale Ebene einzuschränken, • <i>Fortführung ökonomischer Integrationsideen</i>: Weg von Freihandelszone über Zollunion zum Binnenmarkt und Wirtschafts- und Währungsunion; Politische Union als „Krönung“ der wirtschaftlichen Integration. 	8
3	<p>stellt die mit einem weiteren Leitbild der europäischen Integration verbundenen tragenden Akteure, z. B. die der (neofunktionalistisch geprägten) Politischen Union, in folgender oder gleichwertiger Weise dar:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>supranationale Institutionen</i>: Gemeinschaftsorgane, • <i>Eliten</i>: integrationswillige politische Entscheidungsträger, • <i>Sozialisierung</i>: Akteure durchlaufen gleichzeitig eine europäische Sozialisierung. 	8
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (3)	

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	<p>erörtert unter Einbeziehung der Position des Autors und Berücksichtigung eines politischen Aspekts, ob „mehr Europa“ eine angemessene Antwort auf die Globalisierung ist, z. B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Handlungsfähigkeit</i>: einerseits ermöglicht eine vertiefte Integration („mehr Europa“), dass die EU nach außen geschlossen auftreten kann (z. B. bei der Aushandlung von Abkommen mit den USA), andererseits besteht ein Problem, die Verhandlungsergebnisse demokratisch zu legitimieren (vgl. die Verhandlungen um das TTIP), • <i>nationalstaatliche Erosion</i>: einerseits ist eine vertiefte Integration („mehr Europa“) potenziell geeignet, einen Rahmen zu schaffen, der die Erosion des Nationalstaats kompensiert, andererseits fehlt einem vertieften Europa (noch) das Identifikationspotenzial, um an die Stelle des Nationalstaats zu treten, • <i>internationales Gewicht</i>: einerseits bietet eine vertiefte Integration („mehr Europa“) den Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Möglichkeit, in internationalen Verhandlungen mit einem erhöhten Gewicht aufzutreten, andererseits schränkt die mit einer vertieften Integration einhergehende Rücksichtnahme auf europäische Partner die Verhandlungsmöglichkeiten einzelner Staaten (wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien) ein. 	10

2	erörtert unter Einbeziehung der Position des Autors und Berücksichtigung eines ökonomischen Aspekts , ob „mehr Europa“ eine angemessene Antwort auf die Globalisierung ist, z. B.: <ul style="list-style-type: none"> • <i>Konkurrenz</i>: einerseits führt eine vertiefte Integration („mehr Europa“) zu Kostenvorteilen bei Produktion und Handel, sodass die EU der internationalen Standortkonkurrenz begegnen kann, andererseits setzt eine vertiefte ökonomische Integration die nationalen europäischen Volkswirtschaften einer verschärften Konkurrenz innerhalb der EU aus, • <i>Gesellschaftsmodell</i>: einerseits kann es durch eine verstärkte Integration („mehr Europa“) gelingen, das europäische Gesellschaftsmodell international zu behaupten, andererseits führt eine vertiefte Integration aufgrund der zunehmenden Mobilität von Arbeitskräften zu einem zunehmenden Druck auf sozioökonomische Standards in Ländern wie Deutschland. 	10
3	nimmt abschließend unter Rückgriff auf die Position des Autors sowie unter Berücksichtigung eines politischen und eines ökonomischen Aspekts in einem in sich konsistenten Argumentationsgang kriteriengeleitete Stellung zu der Frage, ob „mehr Europa“ eine angemessene Antwort auf die Globalisierung ist (individuelle Schwerpunktsetzung möglich). Das eigenständige Gesamturteil ist kriterienorientiert und beruht auf einer Gewichtung der Kriterien. Mögliche Kriterien: Akzeptanz, Wirksamkeit, Sozialverträglichkeit.	10
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

b) Darstellungsleistung

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	strukturiert seinen Text schlüssig, stringent sowie gedanklich klar und bezieht sich dabei genau und konsequent auf die Aufgabenstellung.	5
2	bezieht beschreibende, deutende und wertende Aussagen schlüssig aufeinander.	4
3	belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u. a.).	3
4	formuliert unter Beachtung der Fachsprache präzise und begrifflich differenziert.	4
5	schreibt sprachlich richtig (Grammatik, Orthographie, Zeichensetzung) sowie syntaktisch und stilistisch sicher.	4

7. Bewertungsbogen zur Prüfungsarbeit

Name des Prüflings: _____ Kursbezeichnung: _____

Schule: _____

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	Lösungsqualität			
		maximal erreichbare Punktzahl	EK ²	ZK	DK
	Der Prüfling				
1	ordnet die am ...	2			
2	arbeitet die zentrale ...	6			
3	erläutert den Begründungsgang ...	8			
4	erläutert den Begründungsgang ...	8			
5	arbeitet die Argumentationsweise ...	6			
6	erschließt die Intention ...	6			
7	ordnet die Position ...	10			
8	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (5)				
	Summe 1. Teilaufgabe	46			

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	Lösungsqualität			
		maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	Der Prüfling				
1	stellt die mit ...	8			
2	stellt die mit ...	8			
3	stellt die mit ...	8			
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (3)				
	Summe 2. Teilaufgabe	24			

² EK = Erstkorrektur; ZK = Zweitkorrektur; DK = Drittkorrektur

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	Lösungsqualität			
		maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	Der Prüfling				
1	erörtert unter Einbeziehung ...	10			
2	erörtert unter Einbeziehung ...	10			
3	nimmt abschließend unter ...	10			
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 3. Teilaufgabe	30			
	Summe der 1., 2. und 3. Teilaufgabe	100			

Darstellungsleistung

	Anforderungen	Lösungsqualität			
		maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	Der Prüfling				
1	strukturiert seinen Text ...	5			
2	bezieht beschreibende, deutende ...	4			
3	belegt seine Aussagen ...	3			
4	formuliert unter Beachtung ...	4			
5	schreibt sprachlich richtig ...	4			
	Summe Darstellungsleistung	20			

	Summe insgesamt (inhaltliche und Darstellungsleistung)	120			
	aus der Punktsomme resultierende Note gemäß nachfolgender Tabelle				
	Note ggf. unter Absenkung um bis zu zwei Notenpunkte gemäß § 13 Abs. 2 APO-GOST				
	Paraphe				

ggf. arithmetisches Mittel der Punktsommen aus EK und ZK: _____

ggf. arithmetisches Mittel der Notenuurteile aus EK und ZK: _____

Die Klausur wird abschließend mit der Note: _____ (____ Punkte) bewertet.

Unterschrift, Datum:

Grundsätze für die Bewertung (Notenfindung)

Für die Zuordnung der Notenstufen zu den Punktzahlen ist folgende Tabelle zu verwenden:

Note	Punkte	Erreichte Punktzahl
sehr gut plus	15	120 – 114
sehr gut	14	113 – 108
sehr gut minus	13	107 – 102
gut plus	12	101 – 96
gut	11	95 – 90
gut minus	10	89 – 84
befriedigend plus	9	83 – 78
befriedigend	8	77 – 72
befriedigend minus	7	71 – 66
ausreichend plus	6	65 – 60
ausreichend	5	59 – 54
ausreichend minus	4	53 – 48
mangelhaft plus	3	47 – 40
mangelhaft	2	39 – 32
mangelhaft minus	1	31 – 24
ungenügend	0	23 – 0



Name: _____

Abiturprüfung 2015

Sozialwissenschaften, Grundkurs

Aufgabenstellung:

Thema: Soziale Ungleichheit – ein wirtschaftliches und soziales Hemmnis?

1. Beschreiben Sie den Begriff „Soziale Ungleichheit“ und stellen Sie zwei Dimensionen zur Erfassung sozialer Ungleichheit anhand ihrer jeweiligen Indikatoren dar. *(24 Punkte)*
2. Analysieren Sie den Text im Hinblick auf die Position des Autors zur Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland sowie Maßnahmen zum Abbau sozialer Ungleichheit. Erläutern Sie die der Position des Autors zugrunde liegende Gerechtigkeitsvorstellung. *(46 Punkte)*
3. Erörtern Sie unter Einbeziehung der vom Autor vorgeschlagenen Maßnahmen, ob soziale Ungleichheit ein Hemmnis für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist. Berücksichtigen Sie jeweils einen Aspekt. *(30 Punkte)*

Materialgrundlage:

- Gustav Horn: Vermögen bremsen Wirtschaft. In: Frankfurter Rundschau vom 20.09.2013 (Zwischenüberschriften wurden entfernt. Ggf. wurden Anpassungen an die sprachliche Richtigkeit vorgenommen.)

Zugelassene Hilfsmittel:

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung



Name: _____

Vermögen bremsen Wirtschaft

von Gustav Horn

[...]

Es hat sich mittlerweile herumgesprochen. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland ist seit längerem in eine steile Schiefelage geraten. Betrachtet man die Haushaltsnettoeinkommen – das sind die Einkommen, die sich nach Abzug von Steuern und Einrechnen von Transfers in der Haushaltskasse wiederfinden – ergibt sich ein klares Bild:

- 5 Berücksichtigt man die Preissteigerungen und eine Gewichtung, die die Haushaltsgröße abbildet, hat nur die obere Einkommenshälfte zwischen 2000 und 2010 überhaupt einen Einkommenszuwachs erzielt. Dieser fiel allerdings bei den oberen zehn Prozent mit gut zwölf Prozent deutlich höher aus als bei den mittleren Einkommen, die über zehn Jahre nur um weniger als zwei Prozent zugenommen haben. Die untere Einkommenshälfte ist dagegen völlig leer ausgegangen beziehungsweise hat bis zu 2,5 Prozent Einkommen verloren. Das heißt im Klartext, dass die gesamten Einkommenszuwächse des vergangenen Jahrzehnts bei den ohnehin besser Verdienenden gelandet sind.
- 10

- Diesem Argument wird gelegentlich entgegengehalten, dass diese Ungleichheit vor allem in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts entstanden sei und sich seither nicht vergrößert habe. Das ist zwar richtig, aber trotzdem keine gute Nachricht.
- 15

[...]

- Denn sie heißt, dass trotz Finanzmarktkrise und Krise des Euroraums, die hohe Vermögenseinkommen stark belastet haben, und trotz zweier Aufschwünge in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts, in deren späteren Verlauf üblicherweise die Arbeitseinkommen besonders profitieren, die unter diesen Umständen eigentlich zu erwartende Korrektur der Verteilung ausgeblieben ist. Die Ungleichheit verfestigt sich.
- 20

- Vielfach wird nun so getan, als ob dies unter den Bedingungen der Globalisierung ein nahezu unvermeidlicher Zustand wäre, gleichsam naturgegeben. Dem ist nicht so, denn die Wurzeln, aus denen sich diese Ungleichheit nährt, haben nur indirekt mit Globalisierung zu tun. Sie sind im Wesentlichen hausgemacht. [...]
- 25

- Einkommenszuwächse [werden] von Arbeitseinkommen Richtung Gewinneinkommen umverteilt. Da Gewinneinkommen fast ausschließlich von Haushalten oberer Einkommensschichten erzielt werden, ist damit eine gesamtwirtschaftliche Umverteilung programmiert. Will man den Trend zu mehr Ungleichheit durchbrechen, besteht ein erster Ansatz darin, höhere Lohnsteigerungen zu erzielen.
- 30

- Dies ist keine mechanische Aufgabe, da die Lohnentwicklung einerseits die wirtschaftliche Dynamik und andererseits die Kräfteverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt widerspiegelt. Höhere Lohnsteigerungen sind daher tendenziell nur bei guter Konjunkturlage durchsetzbar. Diese ist wirtschaftspolitisch durch Konjunkturpolitik insbesondere auf nationaler Ebene nur begrenzt gestaltbar. Einen größeren Einfluss kann die Arbeitsmarktpolitik ausüben. Sie kann schließlich die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer über die institutionelle Gestaltung des Arbeits-
- 35



Name: _____

marktes tangieren. Das hat sich in umgekehrter Richtung bei den Arbeitsmarktreformen im Zuge der Agenda 2010 in aller Deutlichkeit gezeigt. Ihnen wird ein wesentlicher Anteil an der schwächeren Lohnentwicklung zugeschrieben.

40 [...]

Will man wieder höhere Lohnzuwächse, sollten arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im Vordergrund stehen. Die sollten so gestaltet sein, dass sie die Löhne vor allem in jenen Bereichen stützen, in denen es keine Tarifverträge gibt und wo sie besonders niedrig sind. Vor diesem Hintergrund ist es besonders sinnvoll, einen flächendeckenden Mindestlohn einzuführen. Er nützt vor allem jenen Beschäftigten, die keinem Tarifvertrag unterliegen und jenen, die besonders niedrige Löhne beziehen. Darüber hinaus scheint es sinnvoll, Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu erleichtern. Auch dies würde in den derzeit tariffreien Bereichen zu höheren Löhnen führen. Schließlich sind die besonderen Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und vor allem Werkverträge wieder strenger zu regulieren, jede Form von steuerlicher Subvention wäre abzubauen.

Doch wird sich die Ungleichheit nicht allein über dynamischere Lohnzuwächse abbauen lassen. Ein weiterer Grund für den Anstieg der Ungleichheit im vergangenen Jahrzehnt sind die Steuerreformen, die vor allem Bezieher höherer Einkommen entlastet haben. Dazu gehörte in erster Linie, den Spitzensteuersatz deutlich abzusenken und die Unternehmenssteuern zu vermindern. Hinzu kommt seit längerem die Aussetzung der Vermögenssteuer. All dies sollte zumindest teilweise korrigiert werden.

Von daher ist unumgänglich, den Blick weg von der Einkommensbesteuerung hin zur Besteuerung großer Vermögen zu lenken. Es liegt auf der Hand, die Vermögenssteuer [...] wieder einzuführen. [...] Ferner sollte auch die Erbschaftsteuer erhöht werden. Erben ist leistungsloses Einkommen. Schließlich sollten die Aktivitäten auf den Finanzmärkten über eine Finanzmarkttransaktionssteuer belastet werden, um die Aktivität des Finanzsektors als eines potenziellen Krisenherdes zu begrenzen.

All dies ist nicht nur aus Gerechtigkeits- und Verteilungsgründen zu empfehlen, sondern wäre auch einer dynamischen Wirtschaft dienlich. Denn Vermögens- und damit Machtzusammenballungen sind ein großes Hindernis für sozialen und für einen unternehmerischen Aufstieg. Ungleichheit ist somit nicht nur ein sozialer, sondern auch ein wirtschaftlicher Hemmschuh.

Zum Autor:

Gustav Horn, geb. 1954, leitet das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung (Förderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes). Der Wirtschaftswissenschaftler ist dort auch für die Konjunkturprognose zuständig.

Unterlagen für die Lehrkraft

Abiturprüfung 2015

Sozialwissenschaften, Grundkurs

1. Aufgabenart

Darstellung – Analyse – Erörterung

2. Aufgabenstellung¹

Thema: Soziale Ungleichheit – ein wirtschaftliches und soziales Hemmnis?

1. Beschreiben Sie den Begriff „Soziale Ungleichheit“ und stellen Sie zwei Dimensionen zur Erfassung sozialer Ungleichheit anhand ihrer jeweiligen Indikatoren dar. (24 Punkte)
2. Analysieren Sie den Text im Hinblick auf die Position des Autors zur Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland sowie Maßnahmen zum Abbau sozialer Ungleichheit. Erläutern Sie die der Position des Autors zugrunde liegende Gerechtigkeitsvorstellung. (46 Punkte)
3. Erörtern Sie unter Einbeziehung der vom Autor vorgeschlagenen Maßnahmen, ob soziale Ungleichheit ein Hemmnis für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist. Berücksichtigen Sie jeweils einen Aspekt. (30 Punkte)

3. Materialgrundlage

- Gustav Horn: Vermögen bremsen Wirtschaft. In: Frankfurter Rundschau vom 20.09.2013 (Zwischenüberschriften wurden entfernt. Ggf. wurden Anpassungen an die sprachliche Richtigkeit vorgenommen.)

4. Bezüge zu den Vorgaben 2015

1. Inhaltliche Schwerpunkte**Wirtschaftspolitik**

- Wirtschaftspolitische Konzeptionen (angebots- und nachfrageorientierte Politik, „Alternative Wirtschaftspolitik“), wirtschaftspolitische Zielkonflikte
- Kontroverse Positionen zur Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Zeitalter der Globalisierung

Gesellschaftsstrukturen und sozialer Wandel

- Die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland seit 1990
- Modelle und Theorien zur Beschreibung, Analyse und Deutung gesellschaftlicher Ungleichheit und deren Kritik (zeitgenössische Klassen-, Milieutheorien, Schichtmodelle, Individualisierungstheorem)

2. Medien/Materialien

- entfällt

¹ Die Aufgabenstellung deckt inhaltlich alle drei Anforderungsbereiche ab.

5. Zugelassene Hilfsmittel

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung

6. Vorgaben für die Bewertung der Schülerleistungen

Teilleistungen – Kriterien

a) inhaltliche Leistung

Teilaufgabe 1

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	beschreibt den Begriff „ Soziale Ungleichheit “ in folgender oder gleichwertiger Weise: <ul style="list-style-type: none"> • gesellschaftliche Bedingungen/Strukturen, die es Menschen ermöglichen, das Ziel eines „guten Lebens“ besser zu erreichen als andere Menschen, • Chancenungleichheit: Zugangschancen bestimmter Bevölkerungsgruppen zu wichtigen Bereichen (z. B. Bildung, Beruf) sind ungleich verteilt, • Verteilungsungleichheit: ungleiche soziostrukturelle Verteilung eines Gutes (z. B. Einkommen). 	8
	stellt zwei Dimensionen zur Erfassung sozialer Ungleichheit (z. B. „materieller Wohlstand“ und „Bildung“) anhand ihrer jeweiligen Indikatoren in folgender oder gleichwertiger Weise dar:	
2	stellt z. B. die Dimension „materieller Wohlstand“ dar: <ul style="list-style-type: none"> • Indikatoren (z. B.): Einkommen, Vermögen, • verglichen werden z. B. die Nettoäquivalenzeinkommen der reichsten 20 % und der ärmsten 20 % der Bevölkerung. 	8
3	stellt z. B. die Dimension „Bildung“ dar: <ul style="list-style-type: none"> • Indikatoren (z. B.): soziale Herkunft von Studierenden, Rolle des Geschlechtes für Bildungsabschlüsse, • untersucht wird beispielsweise der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Schulabschluss. 	8
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (3)	

Teilaufgabe 2

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	ordnet den Text , der am 20.09.2013 in der Frankfurter Rundschau erschienen ist, als Diskussionsbeitrag des gewerkschaftsnahen Wirtschaftswissenschaftlers Gustav Horn ein und erschließt als Thema die Frage nach einer angemessenen Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland.	2
2	arbeitet die Position des Autors in folgender oder gleichwertiger Weise heraus: <ul style="list-style-type: none"> • Die Verteilung der Einkommen und Vermögen sei in Deutschland seit Längerem in eine „steile Schiefelage“ (Z. 2) geraten. • Die Ursachen für diese Ungleichverteilung hätten nur indirekt mit der Globalisierung zu tun, sondern seien auf politische Entscheidungen im eigenen Land zurückzuführen. • Die Ungleichheit könne und solle durch arbeitsmarkt- und steuerpolitische Maßnahmen abgebaut werden, da Ungleichheit ein sozialer und wirtschaftlicher „Hemmschuh“ (Z. 66) sei. 	6

3	<p>erläutert den Begründungsgang im Hinblick auf die Einkommens- und Vermögensverteilung in folgender oder gleichwertiger Weise:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Entwicklung der Einkommensverteilung:</i> 2000 – 2010: Einkommenszuwächse ausschließlich für die „ohnehin besser Verdienenden“ (Z. 12); Ungleichheit zwar in der ersten Hälfte des Jahrzehnts entstanden und seither nicht vergrößert, aber in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts hätte, aufgrund zweier Aufschwünge, eine Korrektur der Verteilung stattfinden müssen; Umverteilung der Einkommenszuwächse von Arbeitseinkommen in Richtung Gewinneinkommen, • <i>Ursachen für diese Entwicklung:</i> <ul style="list-style-type: none"> – <i>Globalisierung</i> nur indirekt verantwortlich; Entwicklung „hausgemacht“, nämlich, – <i>Arbeitsmarktreformen im Zuge der Agenda 2010</i> mit wesentlichem Anteil an der schwächeren Lohnentwicklung, – <i>Steuerreformen</i> seien den Beziehern höherer Einkommen zugute gekommen (Absenkung des Spitzensteuersatzes, Verminderung der Unternehmenssteuern und Aussetzung der Vermögenssteuer). 	8
4	<p>erläutert den Begründungsgang im Hinblick auf Maßnahmen zum Abbau sozialer Ungleichheit in folgender oder gleichwertiger Weise:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Erfordernis und Problem:</i> erforderlich seien höhere Lohnsteigerungen, die jedoch nur bei guter Konjunkturlage durchsetzbar seien; Konjunkturpolitik sei aber „insbesondere auf nationaler Ebene nur begrenzt gestaltbar“ (Z. 34 f.); (weiteres Problem: bestehende Kräfteverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt), • <i>arbeitsmarktpolitische Maßnahmen</i> (Ziel: Lohnzuwächse insbesondere in Bereichen, in denen es keine Tarifverträge gibt und wo sie besonders niedrig sind): <ul style="list-style-type: none"> – Einführung eines <i>gesetzlich flächendeckenden Mindestlohns</i>, – Erleichterung der <i>Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen</i>, – Regulierung der <i>besonderen Beschäftigungsverhältnisse</i> (Leiharbeit, geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, Werkverträge) und Abbau steuerlicher Subvention, • <i>steuerpolitische Maßnahmen</i> (Ziel: teilweise Rücknahme der Entlastung höherer Einkommen): <ul style="list-style-type: none"> – Wiedereinführung der <i>Vermögenssteuer</i>, – Erhöhung der <i>Erbschaftsteuer</i> (Erbschaften = leistungsloses Einkommen), – Einführung einer <i>Finanzmarkttransaktionssteuer</i> (Begrenzung der Aktivität des Finanzsektors als eines potenziellen Krisenherdes). 	8
5	<p>arbeitet die Argumentationsweise des Autors heraus, z. B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Argumentation mittels Anführung empirischer Daten</i> zur Bekräftigung der eigenen Position, • <i>Argumentation mittels Anführung von Gegenargumenten</i>, die in der Folge im Sinne der Position des Autors entkräftet werden, • <i>Argumentation mittels fachsprachlicher Begriffe einerseits und bisweilen umgangssprachlicher Wendungen andererseits</i>, um eine breite Leserschaft anzusprechen; z. B. „die gesamten Einkommenszuwächse ... bei den ohnehin besser Verdienenden gelandet sind“ (auch: Pauschalurteil) oder „Es hat sich mittlerweile herumgesprochen.“, um die Evidenz der Behauptungen zu unterstreichen, • <i>Argumentation mittels Ausblendungen</i> (z. B. These, dass soziale Ungleichheit die wirtschaftliche Entwicklung hemme, wird ohne Argumentation angeführt). 	6
6	<p>erschließt die Intention des Autors in folgender oder gleichwertiger Weise:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Aufklärung</i> über Entwicklung und Ursachen der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland, • <i>Kritik</i> an den arbeitsmarkt- und steuerpolitischen Entscheidungen des letzten Jahrzehnts, • <i>Appell</i>, diese Entscheidungen zu korrigieren bzw. zurückzunehmen. 	6

7	<p>erläutert die der Position des Autors zugrunde liegende Gerechtigkeitsvorstellung in folgender oder gleichwertiger Weise:</p> <ul style="list-style-type: none"> Die von Horn vorgeschlagenen Maßnahmen zielen auf mehr Fairness im Sinne größerer Bedarfsgerechtigkeit. Da der Markt aus sich heraus keine gerechten gesellschaftlichen Verhältnisse herstellen kann (u. a. wegen der laut Horn ungleichen Kräfteverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt), sind staatliche Korrekturen erforderlich, um die Angleichung materieller Bedingungen zu gewährleisten. Horn bemisst Gerechtigkeit an den gesamtwirtschaftlichen Verteilungsergebnissen und mahnt entsprechend eine größere Verteilungsgerechtigkeit an, um die in eine „steile Schieflage“ geratene Einkommens- und Vermögensverteilung zu korrigieren. 	10
8	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (5)	

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	<p>erörtert unter Einbeziehung der vom Autor vorgeschlagenen Maßnahmen, ob soziale Ungleichheit ein Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung ist und berücksichtigt einen Aspekt, z. B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <i>Beschäftigungswirkung</i>: Abbau gesellschaftlicher Ungleichheit befördert wirtschaftliche Entwicklung (z. B. führen Einführung eines gesetzlich flächendeckenden Mindestlohns und insgesamt starke Lohnzuwächse im Sinne des Autors zu gesicherten Einkommen); mehr Investitionen und weitere Arbeitsplätze (Multiplikatoreffekte und höhere gesamtwirtschaftliche Konsumnachfrage); stärkere Besteuerung hoher Einkommen hingegen in der Regel ohne negativen Effekt auf die Konsumnachfrage vs. vom Autor vorgeschlagene Maßnahmen zum Abbau sozialer Ungleichheit als Hemmnis für wirtschaftliche Entwicklung; insbesondere Gefahr des Wegfalls von Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte; u. U. verstärkt durch die Gefahr von Standortverlagerungen aufgrund höherer Lohnkostenbelastung und ggf. veränderter Beschäftigungsstruktur, <i>Staatshaushalt</i>: Abbau gesellschaftlicher Ungleichheit entlastet Ausgabenseite des Staates (sinkende Transferzahlungen) und führt zu höheren Steuereinnahmen (aus Arbeitnehmereinkünften, Erbschaften, Vermögen und ggf. einer Finanzmarkttransaktionssteuer); mögliche Konsolidierung des Haushalts bzw. Vergrößerung der Handlungsspielräume für Investitionstätigkeiten des Staates (auch: Beschäftigungswirkungen) vs. vorgeschlagene Maßnahmen zum Abbau gesellschaftlicher Ungleichheit hemmen Dynamik der Wirtschaft; führen ggf. zu geringeren Steuereinnahmen auf Gewinneinkünfte (Steuerflucht, Steuerschlupflöcher, geringeres Investitionsvolumen) und in der Folge ggf. zu höherer Staatsverschuldung und Rückgang der staatlichen Investitionstätigkeit. 	10

2	<p>erörtert unter Einbeziehung der vom Autor vorgeschlagenen Maßnahmen, ob soziale Ungleichheit ein Hemmnis für die soziale Entwicklung ist und berücksichtigt einen Aspekt, z. B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Sozialer Frieden</i>: Verringerung der Einkommens- und Vermögensungleichheit trägt zur Sicherung des sozialen Friedens bei; Minderung der Einkommensspreizung bewirkt u. U. Steigerung der Lebenszufriedenheit (größere soziale Gerechtigkeit) vs. gesellschaftliche Ungleichheit als Belohnungssystem; befördert soziale Entwicklung in elementarer Weise; Bezieher hoher Einkommen schon jetzt steuerpolitisch stark belastet (progressives Steuersystem); stärkere Belastung widerspricht Gerechtigkeitsempfinden hinsichtlich Steuergerechtigkeit und bewirkt Verminderung von Leistungsanreizen (Dysfunktionalitäten), • <i>Gesellschaftliche Teilhabe</i>: vorgeschlagene Maßnahmen fördern soziale Entwicklung (höhere Chancen zur sozialen (und wirtschaftlichen) Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten; auch: Chancen zur Verringerung der Altersarmut) vs. vorgeschlagene Maßnahmen bremsen soziale Entwicklung; führen wahrscheinlich zu wachsender Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter (somit: größer werdende Ungleichheit und stärkere Belastung der sozialen Sicherungssysteme; auch: Gefahr der sozialen Desintegration Nicht- bzw. Geringqualifizierter und damit verbundener negativer psychischer Folgen). 	10
3	<p>nimmt abschließend in einem in sich konsistenten Argumentationsgang kriteriengeleitet Stellung zu der Frage, inwiefern soziale Ungleichheit ein Hemmnis für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist (individuelle Schwerpunktsetzung möglich). Das eigenständige Gesamturteil ist kriterienorientiert und beruht auf einer Gewichtung der Kriterien. Mögliche Kriterien: soziale Gerechtigkeit, Beschäftigungswirkungen, Finanzierbarkeit, Wettbewerbsfähigkeit.</p>	10
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium. (4)	

b) Darstellungsleistung

	Anforderungen	maximal erreichbare Punktzahl
	Der Prüfling	
1	strukturiert seinen Text schlüssig, stringent sowie gedanklich klar und bezieht sich dabei genau und konsequent auf die Aufgabenstellung.	5
2	bezieht beschreibende, deutende und wertende Aussagen schlüssig aufeinander.	4
3	belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u. a.).	3
4	formuliert unter Beachtung der Fachsprache präzise und begrifflich differenziert.	4
5	schreibt sprachlich richtig (Grammatik, Orthographie, Zeichensetzung) sowie syntaktisch und stilistisch sicher.	4

7. Bewertungsbogen zur Prüfungsarbeit

Name des Prüflings: _____ Kursbezeichnung: _____

Schule: _____

Teilaufgabe 1

Anforderungen		Lösungsqualität			
Der Prüfling		maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
1	beschreibt den Begriff ...	8			
	stellt zwei Dimensionen ...				
2	stellt z. B. ...	8			
3	stellt z. B. ...	8			
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (3)				
Summe 1. Teilaufgabe		24			

Teilaufgabe 2

Anforderungen		Lösungsqualität			
Der Prüfling		maximal erreichbare Punktzahl	EK ²	ZK	DK
1	ordnet den Text ...	2			
2	arbeitet die Position ...	6			
3	erläutert den Begründungsgang ...	8			
4	erläutert den Begründungsgang ...	8			
5	arbeitet die Argumentationsweise ...	6			
6	erschließt die Intention ...	6			
7	erläutert die der ...	10			
8	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (5)				
Summe 2. Teilaufgabe		46			

² EK = Erstkorrektur; ZK = Zweitkorrektur; DK = Drittkorrektur

Teilaufgabe 3

	Anforderungen	Lösungsqualität			
		maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	Der Prüfling				
1	erörtert unter Einbeziehung ...	10			
2	erörtert unter Einbeziehung ...	10			
3	nimmt abschließend in ...	10			
4	erfüllt ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium: (4)				
	Summe 3. Teilaufgabe	30			
	Summe der 1., 2. und 3. Teilaufgabe	100			

Darstellungsleistung

	Anforderungen	Lösungsqualität			
		maximal erreichbare Punktzahl	EK	ZK	DK
	Der Prüfling				
1	strukturiert seinen Text ...	5			
2	bezieht beschreibende, deutende ...	4			
3	belegt seine Aussagen ...	3			
4	formuliert unter Beachtung ...	4			
5	schreibt sprachlich richtig ...	4			
	Summe Darstellungsleistung	20			

	Summe insgesamt (inhaltliche und Darstellungsleistung)	120			
	aus der Punktsomme resultierende Note gemäß nachfolgender Tabelle				
	Note ggf. unter Absenkung um bis zu zwei Notenpunkte gemäß § 13 Abs. 2 APO-GOST				
	Paraphe				

ggf. arithmetisches Mittel der Punktsommen aus EK und ZK: _____

ggf. arithmetisches Mittel der Notenuurteile aus EK und ZK: _____

Die Klausur wird abschließend mit der Note: _____ (____ Punkte) bewertet.

Unterschrift, Datum:

Grundsätze für die Bewertung (Notenfindung)

Für die Zuordnung der Notenstufen zu den Punktzahlen ist folgende Tabelle zu verwenden:

Note	Punkte	Erreichte Punktzahl
sehr gut plus	15	120 – 114
sehr gut	14	113 – 108
sehr gut minus	13	107 – 102
gut plus	12	101 – 96
gut	11	95 – 90
gut minus	10	89 – 84
befriedigend plus	9	83 – 78
befriedigend	8	77 – 72
befriedigend minus	7	71 – 66
ausreichend plus	6	65 – 60
ausreichend	5	59 – 54
ausreichend minus	4	53 – 48
mangelhaft plus	3	47 – 40
mangelhaft	2	39 – 32
mangelhaft minus	1	31 – 24
ungenügend	0	23 – 0